

„In Pohlen ist nichts zu holen“

Anmerkungen zur Auswanderung aus der Pfalz nach Galizien und zu den deutschen Siedlungen ebendort

Historischer Abriss von Hans Christian HEINZ

Zur Vorgeschichte der Galizien-Auswanderung aus dem südwestdeutschen Raum

Mit dem Frieden von Rijswijk 1697 endete der gut acht Jahrzehnte dauernde Kriegszustand (beginnend mit dem Dreißigjährigen Krieg bis hin zu dem Pfälzer und dem Orléanschen Erbfolgekrieg) in der Pfalz und ihrer Umgebung – mit all seinen Verheerungen, Zerstörungen, Plünderungen, Kontributionen an durchziehende Truppen und nicht zuletzt dem großen Verlust an Bevölkerung, der sich erst um 1725 wieder ausgleichen sollte –, der religiöse Frieden jedoch wurde durch die sog. Simultan-Regelung erneut gefährdet. Ende des 17. Jahrhunderts machte die Parole „Ich kann nicht mehr“ die Runde, die soviel bedeutete wie „ohne mich“ und den Erschöpfungszustand der Pfälzer widerspiegelte. Nur ein kleiner Teil von ihnen hatte bis dato in der Auswanderung eine Verbesserung der Lebenssituation gesucht, so z.B. seit den 1670er Jahren nach Nordamerika.

Mit dem außergewöhnlich strengen Winter 1708/09 – den *Daniel Häberle* wie folgt beschreibt: „Der Wein erfror in den Fässern, die Vögel stürzten tot aus der Luft herab, fast keine Rebe blieb erhalten; auf Jahre hinaus war der Weinbau, der Haupterwerbszweig der Pfälzer Bauern, zu Grunde gerichtet.“ – trat die erste von vielen Extremwetterlagen des 18. Jhs. ein und in der Folge begann ein Auswanderungsstrom aus Südwestdeutschland, der über mehr als 200 Jahre andauern sollte und dabei nie völlig zum Erliegen kam. Allein 1709 wanderten über 15.000 Einwohner des Oberrheingebietes und seiner Umgebung aus, darunter 8.589 Pfälzer. Seit diesem Jahr versuchte die Obrigkeit mit dem Schlagwort „Bleibe im Lande und nähre Dich redlich“ den Untertanen ins Gewissen zu reden und ihren Fortzug aus dem Südwesten Deutschlands zu verhindern – letztlich ohne nachhaltigen Erfolg, da die Ursachen für die Auswanderung nicht beseitigt wurden.

Im pfälzischen Raum, der als Extremfall der Kleinstaaterei im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation in die Kurpfalz, das Herzogtum Zweibrücken, die Hochstifte (d.i. weltliches Herrschaftsgebiet der Bistümer) Worms und Speyer sowie 44 linksrheinische Klein- und Kleinstterritorien zersplittert war, blieb die Auswanderungsbereitschaft seiner Einwohner jedoch ungebrochen. Dabei ist dies mitnichten mit Abenteuerertum gleichzusetzen, sorgte doch ein nicht endend wollender Teufelskreis aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen dafür, dass viele nur in einem Fortzug die Möglichkeit für die Verbesserung der eigenen Lebenssituation und besonders die der Nachkommen sahen. Der einfache Mann litt oft Hunger, gerade nach Naturkatastrophen, Wetterschäden oder Viehseuchen, durch die Realerbteilung reichte der landwirtschaftliche Ertrag bald nicht mehr zur Selbstversorgung aus. Fehlende alternative Erwerbsmöglichkeiten sorgten so für Vermögensverfall und Verschuldung, all dies vor dem Hintergrund eines nicht funktionierenden Marktes. Fallweise verhängte die Obrigkeit Ausfuhrsperrn für Agrarerzeugnisse, bekam aber die sich einander ablösenden Wirtschafts- und Finanzkrisen nicht in den Griff; anhaltende administrative und religiöse Streitigkeiten taten ihr übriges. Infolge der unzulänglich betriebenen Bevölkerungspolitik – so wurde bereits ab 1734 die Förderung des Zuzugs durch eine entsprechende Abgabefreiheit eingestellt und das „Einzugsgeld“ für die Niederlassung in den Gemeinden wieder erhoben – weist die Kurpfalz als einziger Staat des Reiches 1789 eine fallende Bevölkerungskurve auf.

Die wirtschaftliche Not der Untertanen führte jedoch nicht dazu, dass der Kurfürst bei Rhein oder andere südwestdeutsche Landesherren ihren nach Vorbild des französischen Hofes gepflegten Lebensstil nachhaltig hinterfragten. *Ludwig Häußler* (19. Jh.) stellt hierzu fest: „Je greller der Gegensatz zwischen Prunkpalästen, Lustgärten, fürstlichen Hetzjagden, Opern, Akademien, Kunstsammlungen und zwischen

dem verkümmerten Wohlstand der bedrückten Bürger und Bauern, um so weniger durfte eine Zeit bemäntelt werden, wo Höflinge, Mönche und Mätressen jubelten, der Bauer hungernd sein Vaterland verließ und der Name ‚Pfälzer‘ lange identisch war mit einem Auswanderer und Heimatlosen.“ Die Obrigkeit in den verschiedenen südwestdeutschen Territorien reagierte, wenn überhaupt, meist hilflos mit Verboten gegen die Auswanderung der „heimlich und boshaft austretenden Untertanen“ und Strafandrohungen für diese „Entweichungen“. Die kurpfälzische Regierung in Mannheim verankerte 1764 einen obersten Grundsatz in der Landesordnung, wonach „kein Untertan ohne Consens unter fremde Herrschaft oder Kriegsdienste ziehen [darf]“, der in der Folge wiederholt der Bevölkerung bekanntgegeben wurde. Diese Erlaubnis zur Manumission (Abzug) wurde ausschließlich durch die Landesregierung erteilt, die Emigranten erhielten Manumissionsscheine (auch Losscheine genannt). Die Regelung bezog sich auch auf Leibfreie und Arme, Leibeigene waren jedoch außerhalb der Kurpfalz durch den Grundherrn frei. Eine weitere Verordnung vom 24.05.1770 besagte: „Verkäufe und Veräußerungen zwecks Hinweggebung und zur Landesverwüstung gereichenden Verlassung des Vaterlandes sind kraftlos [...] und dies sei alle Quartale zu publizieren“. So kam die Obrigkeit, konnte sie den Fortzug nicht vollends unterbinden, wenigstens an den Besitz der Auswanderer.

In Frankenthal, der dritten Residenzstadt der Kurpfalz, legt Regierungsrat von Schmiz am 16.06.1777 eine „Denkschrift über die Auswanderung und die daraus für den Staat sich ergebenden Fragen“ vor. Darin fordert er für die Untertanen u.a. „erträgliche Abgaben und eine unter dem Schutze der Gerechtigkeit stehende Gewerbefreiheit“ ein, da „aus einem solchen Lande dann die Bewohner nicht so bald entweichen [würden], und ein etwaiger Abzug von Einheimischen durch die Zuwanderung von bemittelten Fremden ausgeglichen werden [könne]“. Es folgt die Empfehlung, Fortzugswillige auf öden Plätzen in der Pfalz zur Urbarmachung des Landes anzusetzen und das zutreffende Eingeständnis, dass die Pfalz nicht überbevölkert sei. Von Schmiz unterstellt den Pfälzern „Wanderlust“, sieht in der unerlaubten Auswanderung ein Verbrechen und fordert ein verschärftes Verbot derselben bei Strafe der Vermögenseinziehung. Interessant ist seine Anregung, auswanderungswillige Untertanen aus den linksrheinischen Gebieten der Kurpfalz in der Gegend von Schwetzingen (der Sommerresidenz der Kurfürsten bei Rhein) anzusiedeln und diesen einen Vorschuss zu geben, anstatt sie nach Preußisch-Polen oder Galizien ziehen zu lassen. Die häufige Abwesenheit des Kurfürsten verursachte bei den Schwetzingen Händlern und Gewerbetreibenden starke Einnahmeausfälle und sorgte für deren Abwanderung. Alles in allem beläßt es von Schmiz jedoch bei einer sehr vorsichtigen, maßvollen Kritik am Herrschaftgebaren des Kurfürsten Karl Theodor und vermeidet es, offensichtliche Missstände anzuklagen; letztlich wird auch keiner seiner Vorschläge in die Tat umgesetzt.

Um das Wohl seiner Untertanen besorgt, ordnet Herzog Christian IV. von Pfalz-Zweibrücken diesen den Anbau von Kartoffeln und Klee sowie die Pflanzung von Obstbäumen an, sucht so die Einnahmen und Lebensgrundlagen der Bevölkerung zu verbessern. Darüber hinaus empfiehlt der Zweibrücker Hofrat Medicus 1769 eine weitere Förderung des Zuzugs durch religiöse Toleranz, die Auflösung der Güter der sog. Toten Hand sowie die Erleichterung des Eintritts in das Bürgerrecht.

Bereits 1767 stimmt der kaiserliche Hof in Wien einer von den südwestdeutschen Fürsten seit langem geforderten Vereinbarung über ein Auswanderungsverbot in Gebiete zu, die nicht in unmittelbarer Verbindung mit dem Reiche stehen. Damit waren neben Nordamerika v.a. Russland und Ungarn gemeint. Mit der ersten Teilung des Königreiches Polen-Litauen im Jahre 1772 fallen dessen östliche Gebiete an Russland, die westlichen an Preußen und die südlichen als „Königreiche Galizien und Lodomerien“ an Österreich, das trotz der Vereinbarung ab 1782 in Südwestdeutschland um Auswanderer nach „Kayserlich-Pohlen“ wirbt. Zu den bald kursierenden Gegenparolen zur neuerlichen Auswanderung gehört „In Pohlen ist nichts zu holen“, die auf verborgene preußische Werber und „Übelgesinnte“ unter den Fürsten (von denen dem Hof in Wien jedoch keiner offen entgegnetrat) zurückgeht, darunter v.a. der Landgraf von Hessen-Hanau.

Bindungen zwischen der Pfalz einerseits sowie dem Territorium der österreichischen Königreiche und des späteren Kronlandes „Galizien und Lodomerien“ andererseits bestanden bereits im Mittelalter, als wichtigstes Ereignis sei auf die Heirat der Rechyza (bzw. Richeza; ca. 994-1063), Tochter des Pfalzgrafen von Lothringen Ehrenfried (bzw. Ezon oder Ezzon; ca. 955-1034), mit dem polnischen Thronfolger Mieszko II. Lambert im Jahre 1013 verwiesen. Die erhaltenen mittelalterlichen Schöffebücher (im damaligen niederschlesisch-deutschen Dialekt verfasst) von Lemberg geben Auskunft über dort ansässig gewordenen Neubürger, darunter in den Jahren 1493-1511 der aus Landau in der Pfalz stammende Geschützgießer Peter Wassermann.

Galizien-Auswanderung aus dem südwestdeutschen Raum (1782-1785)

Als Galizien von Österreich 1772 „revindiziert“ (zurückgefordert bzw. rückgewonnen) wurde, ahnte niemand bei den verantwortlichen Stellen etwas von der Verwahrlosung des Landes, in dem es einen Mangel an Handwerkern und Gewerbetreibenden gab, das Bildungsniveau niedrig war und der Handel darnieder lag. Eine erste Kolonisationsmaßnahme der Kaiserin Maria Theresia richtet sich 1774 v.a. an „Händler, Künstler, Fabrikanten, Professionisten“ (Freiberufler) und Handwerker und hatte die Wiederbelebung von Handel und Gewerbe vornehmlich in den Städten Galiziens zum Ziel; diesem Ruf folgten im übrigen nur wenige Pfälzer nach Galizien.

Einen anhaltenden Erfolg im ländlichen Raum Galiziens brachte erst die Josephinische Kolonisation in den Jahren 1781-85. Zunächst für Deutsche und andere Nationalitäten aus dem nach der ersten Teilung verbliebenen polnisch-litauischen Staatsgebiet (hier lebten damals noch ca. 35.000 Deutsche) sowie erneut v.a. städtischen Handwerkern und Gewerbetreibenden gedacht, dazu im Reiche nicht veröffentlicht, kursiert das Josephinische Ansiedlungspatent vom 17.09.1781 jedoch in den österreichischen Amtsstuben. Mit dem Toleranzpatent des Kaisers Joseph II. vom 13.10.1781 können zum ersten Mal in der österreichischen Kolonisation „Akatholische“ (Nicht-Katholische) uneingeschränkt einwandern, ihnen wird völlige Freiheit bei der Ausübung ihrer Religion zugesichert. Angesprochen waren hier v.a. Evangelisch-lutherische und -reformierte. Erst die Initiative eines österreichischen Beamten (Johann Lem) aus der Herrschaft Sendomir (Sandomierz), der mit seiner Werbemaßnahme in den rhein-mainischen Gebieten im Frühjahr 1782 überraschend schnelle und gute Erfolge erzielt, ruft die Zentralgewalt in Wien auf den Plan, welche die Ansiedlungswerbung in Südwestdeutschland nun selbst übernimmt.

Wie ein Lauffeuer spricht sich nun die Möglichkeit der Auswanderung nach Galizien herum. Der Beauftragte des Kaisers zu München, Freiherr von Fehrbach, verwendet sich mit einem sehr geschickt abgefassten Schreiben an die kurpfälzische Regierung für deren nach Galizien abzugswilligen Untertanen, woraufhin der Kurfürst einen Wegzug nach Galizien erlaubt, dies bald aber wieder einschränkt. Bereits nachdem der Kurfürst bei Rhein auch Herzog von Bayern geworden war versuchte er, auswanderungswillige Untertanen aus der Pfalz nach Bayern zu lenken und versprach mit Erlass vom 23.02.1779 „den Untertanen, die aus Abgang der Lebensbedürfnisse in entfernte Staaten ziehen zu dürfen bitten, soll eröffnet werden, daß sie in den oberen Kurlanden zur Ansiedlung alle und jede Unterstützung erhalten würden, die sie nur immer in entfernten Ländern erwarten könnten ...“. In Aussicht genommen war schon damals eine Kolonisierung des Donaumooses, die jedoch erst im Jahre 1802 durchgeführt wird – mit Untertanen aus den an Frankreich gefallenen linksrheinischen Gebieten der Kurpfalz.

Von der Stadt Winnweiler, dem Hauptort der Reichsgrafschaft Falkenstein, aus leiten die kaiserlichen Auswanderkommissare die Anwerbung der nach Galizien abrückenden Siedler, die entsprechenden „Patente gehen von Hand zu Hand, von Dorf zu Dorf“. Auch in Duchroth wurde eine Werbestelle eingerichtet. Viele Südwestdeutsche sitzen auf gepackten Koffern, der Aufnahmestopp zur Auswanderung nach Nordamerika (bis 1784) im Gefolge des Unabhängigkeitskrieges der USA und der

kurzzeitige Ausfall Südost-Europas als Auswanderungsziel durch den Bayerischen Erbfolgekrieg in den Jahren 1778/79 lenken eine große Zahl von Auswanderungswilligen mangels Alternative nach Galizien.

Der vorgeschriebene Anreiseweg für die deutschen Kolonisten aus Südwestdeutschland führt zunächst zur Donau, entweder von Mannheim durch den Kraichgau, entlang von Neckar und Fils, über die Schwäbische Alb nach Ulm bzw. Günzburg oder von Frankfurt am Main über Würzburg und Nürnberg nach Regensburg. Anschließend fahren sie per Kahn (mit der sog. Ulmer Schachtel) auf der Donau nach Wien zur Registrationsstelle, der Wiener Hofkammer. Von dort geht es später über Land durch Mähren und Österreichisch-Schlesien nach Galizien.

Wegen des unerwartet großen Andranges von Ansiedlern an der Registrationsstelle in Wien wird die Zahl der einwandernden Kolonistenfamilien mehrmals beschränkt, 1785 erfolgt ein zunächst eine Unterbrechung und 1786 die endgültige Einstellung der Aufnahme von galizischen „Patentkolonisten“. Zwar gibt es auch Arme unter den Einwanderern, die mit spärlicher Habe auf von Hunden gezogenen Karren ins Land ziehen, doch die große Mehrheit der galiziendeutschen Ansiedler ist wohlhabend und wird entsprechend ihres Vermögens dotiert, also mit Landzuweisung versehen. Die lange Wartezeit bis zur Unterbringung zehrt bei vielen jedoch einen nicht unerheblichen Teil des Geldbesitzes auf.

Nach den erhaltenen Unterlagen zogen in den Jahren 1782-1785 mindestens 2.528 Familien und 289 Einzelwanderer (igs. 12.281 Seelen) aus 618 Orten zwischen Rhein, Saar und Mosel „nach Galizien“, wobei nicht alle Auswanderungswilligen ihre „Entlassung“ eingeholt haben und manche dann doch nach Preußen, Ungarn oder Rußland gingen. In den leider unvollständig gebliebenen Wiener Ansiedlungslisten sind im Rahmen der sog. Josephinischen Kolonisation von 1782 bis 1785 igs. 3.216 Familien mit 14.669 Personen nach Galizien festgehalten. Hinzu kommen noch die aus Preußen und dem verbliebenen polnischen Staatsgebiet ohne Registrierung in Wien auf eigene Kosten eingewanderten Siedler, so daß die Gesamtzahl der Ansiedler der Josefinischen Kolonisation mindestens 15.000 Personen beträgt, jedoch eher mehr, vielleicht bis zu 20.000. Zum 31.10.1785 waren in 101 Ortschaften in 15 Kameralherrschaften Galiziens 3.108 Familien mit 12.365 Personen untergekommen, dazu 217 Familien in den Städten. Nicht mit eingerechnet sind hier Beamte, Militärangehörige oder die frei Zugewanderten.

Die geplant regelhaft angelegten josephinischen Siedlungen im relativ dicht besiedelten ländlichen Raum Galiziens entstehen von 1782 bis etwa 1790 größtenteils auf staatlichem (später auch auf adeligem) Großgrundbesitz, wobei hier nicht das Ziel der reinen Besiedlung von zu kultivierendem Land verfolgt, sondern in einer qualitativen Ansiedlungsmaßnahme verstanden wird. Die größtenteils in Ost-Galizien, also im ukrainischen Volksgebiet etwa östlich des Flusses San, weit verstreut untergebrachten Neusiedler sollen hier v.a. im Bereich der Landwirtschaft, aber auch in Handel und Gewerbe innovativ wirken. Dabei ist die österreichische Regierung auf die räumliche Trennung von Protestanten und Katholiken bedacht, 1784 sind auch (zum ersten und einzigen Male in Österreich) Mennoniten als Einwanderer zugelassen. Vor Ort hinken Planung und Einrichtung von Kolonien dem Zustrom der Siedler dauernd nach, erst 1790 werden die letzten untergebracht. In den Siedlungen besteht immer eine Vielfalt der Herkunft der Ansiedler, diese Durchmischung wird durch die Neubesetzung einzelner Hofstellen im Rahmen der sog. Franzisceischen Kolonisation weiter verstärkt. Abgesehen von fünf Kolonistendörfern, in denen der württembergisch-schwäbische Dialekt (vier Siedlungen: Einsingen, Gassendorf, Neu-Kupnowitz, Makowa) und der badisch-alemannische Dialekt (ein Dorf: Hartfeld) Spuren hinterlassen hatten, setzte sich in den anderen galiziendeutschen Kolonien mit Bewohnern südwestdeutscher Herkunft der pfälzische Dialekt als Umgangssprache durch. Spätere Auswanderer aus österreichischen Gebieten wie Deutschböhmen oder Schlesien kamen in geschlossenen Gruppen, wurden kompakt angesiedelt und behielten in dieser homogenen Atmosphäre über alle in Galizien lebenden Generationen hinweg auch ihre traditionellen deutschen Dialekte bei.

Der österreichische Staat unternimmt die Einrichtung relativ kleiner Kolonien oder Einsiedlungen deutscher Familien in bestehende slawische Siedlungen mit entsprechend geringflächigen Wirtschaften, stellt mehrräumige, mit gemauertem Rauchfang versehene Wohn- und Wirtschaftsgebäude samt totem und lebendem Inventar. Die Gründe wurden an die Siedler im bestellten Zustand oder zusammen mit der letzten Ernte bzw. dem Saatgut übergeben. Die josephinischen Patente von 1781 stellen die Einwanderer selbst und ihre ältesten Söhne vom Militärdienst frei, gewähren zehn Jahre Abgabefreiheit und sechs Jahre Freistellung von Fronarbeit; in der Praxis wurde die Zahl der Freijahre jedoch reduziert. Bis 1790 entstanden 130 josephinische Siedlungen, bis 1805 stieg die Zahl der galiziendeutschen Dörfer auf 184.

Eine Anekdote aus der Auswanderungszeit wurde mündlich tradiert und erstmals 1914 von *Ferdinand Baumholder* veröffentlicht: Wie allen anderen Galizienwanderern, wurde auch den späteren Bewohnern der 1783 neu angelegten evangelischen Pfälzersiedlung Hohenbach während ihres Wien-Aufenthaltes vor dem Weiterzug nach Galizien die Ehre zuteil, von Joseph II. und seiner Frau zu einer kurzen Audienz im Schloß Schönbrunn empfangen zu werden. Das Procedere studierten kaiserliche Beamte mit den Sprechern der Auswanderer ein, die von der Pracht des Empfangssaales erschlagen wurden. Bei Eintreffen des Herrscherpaares sollte der künftige Ortsvorsteher der Gruppe „Hoch lebe der Kaiser!“ ausrufen, andere sollten einstimmen. „Awwer wie der Schulz sei Maul uffmacht un de Anfang mache wollt mit seinem Sprichelche, ritscht er aus und flicht uff de Bodem so lang er war. De Kaiser vor sich un alles um sich hot er vergeß und kreischt hat naus: ‚A wann de nore die Kränk krächst!‘. Der Kurator wie er hört, daß der Schulz eppes g’saat hot, ment, jetzt sei an ihm die Rei’ un ruft treiherzig: ‚Und die Kaiserin auch!‘ und der Stallmann (Johann) belwert no: ‚und das Land auch!‘“.

Die Ansiedlung verhalf unmittelbar zur Einführung neuer, den Kolonisten aus der Heimat vertrauter, in Galizien aber bisher fremder Anbaufrüchte und landwirtschaftlicher Methoden. Von den Verordnungen wurden etwa ein Drittel auch in polnischer Sprache gedruckt, mündliche Vorträge der Beamten oder sogar Kanzelreden der Geistlichen unterstützten die staatlichen Bemühungen. Neue Kulturen waren Kartoffeln (nicht völlig neu in Galizien, aber erstmals weit verbreitet), Klee, Rhabarber, Saflor (Färberdistel), Runkelrübe, Raps oder Hopfen; auch die hausnahe Anlage von Obstbäumen ist hier zu nennen. Aus Ertragsgründen wandte man sich verstärkt dem traditionellen Tabakbau zu. In der Viehzucht waren den Slawen z.B. das Waschen oder die Haltung und Fütterung im Stall und unbekannt, die Pferde waren nicht beschlagen und der Mist nicht zur Düngung genutzt worden.

Das im 18. Jahrhundert beliebte literarische Sujet der Reisebeschreibungen gibt uns die ersten Auskünfte zu den galiziendeutschen Siedlungen abseits der amtlichen Unterlagen, auch über die erwähnten Sonderkulturen. Neben meist positiven Urteilen verschiedener Autoren berichtet *Baltasar Hacquet* 1789 aus dem galizischen Landestreu, wo ein paar Häuser „schon leer [standen], indem die Besitzer davon so liederlich waren, daß man sie davon jagen mußte“. Im Wirtshaus der nahegelegenen Stadt Kalusz – wo eine Kolonistenfrau „Grundbirn“ auf dem Markt verkauft – trifft er zufällig mit dem Schulmeister von Landestreu zusammen, der ihm eingesteht, daß „ein guter Landmann selten sein Vaterland“ verlasse und auf die Frage nach seiner Herkunft antwortet „ich bin ein Pälzer [*Pfälzer*], so wie viele der Uebrigen des Dorfs auch aus dem Ringau [*Rheingau*] und anderen Weingegenden zu Haus sind“. Hacquet schließt für sich, „daß das ganze Gesindel nicht viel nitz sey, indem Weinbauern selten für Kornländer etwas werth, und meistens durstige Brüder sind“. Die Eindrücke seiner Begegnungen mit galiziendeutschen Kolonisten in den ersten Jahren sind eher negativ: „Da ich auf andern Reisen in dem Königreich Gallizien schon mehrere teutsche Kolonien gesehen hatte, so fand ich die meisten von gleichem Schlag, so wie in der Bukowina, jederzeit übelgestaltetes, krüpplichstes Volk, so wie es meistens an dem angränzenden untern Rheinstrom zu seyn pflegt, mehr dem liederlichen, als dem arbeitsamen Leben ergeben; Leute, die nur glaubten, sie gingen in das Reich von Oldorado [*El Dorado*], wo sie nichts zu thun hätten, als sich fortzupflanzen.“ Erst 1794 urteilt er wohlwollender über die 1786 gegründete galiziendeutsche Siedlung Mokrotyn Kolonie, hier „ist von pfälzischen emigrierten Bauern eine Rhabarberplantage angelegt worden, die schon gegen acht Jahr währt.“

Als ich 1792 da war, hatte man schon 36.000 Stücke, wovon schon einige Tausende in diesem Jahr aus der Erde zum Trocknen kommen werden. Man hat vom Hof aus vor einigen Jahren anbefohlen, daß die Mediziner in Lemberg Versuche damit machen sollten; ...“.

Die fanzisceische Kolonisationsmaßnahme (1802-1805)

In der Zeit von Kaiser Franz II. unternahm sein Bruder, der Hofkriegsratspräsident Erzherzog Karl, noch einmal von staatlicher Seite eine Ansiedlungsmaßnahme in Galizien. Auslösender Faktor waren in Wien Ende 1801 eingegangene Bittgesuche von vormals österreichischen Untertanen in den linksrheinischen Gebieten, die seit 1797 unter französischer Besatzung litten und mit dem Frieden von Lunéville an Frankreich fielen. Diese sollten pauschal als Begünstigte der vom Hofrat von Stahl in Wien geleiteten Ansiedlungsmaßnahme in Frage kommen. Nach einer Bedarfsnachfrage für Handwerker in den galizischen Kreisämtern entschied man sich, über den österreichischen Gesandten in Frankfurt am Main, von Perminger, auch eine Werbung für die neuerliche Ansiedlungsmaßnahme in Galizien zu starten.

Andere Mächte zogen zeitgleich nach: Preußen lockte zwischen 1801 und 1806 vom linken Rheinufer Migranten nach Preußisch-Polen, auch Bayern nahm 1802 unter Kurfürst Max IV. Joseph Auswanderer aus seinen an Frankreich gefallen linksrheinischen Territorien auf und die Gründung pfälzischer Siedlungen in Altbayern vor, so im Donaumoos bei Neuburg (Ober-Maxfeld, Unter-Maxfeld, Neu-Schwetzingen) und Groß-Karolinienfeld bei Rosenheim am Inn. Während die Auswanderung aus Württemberg in den Jahren 1806-1815 verboten war, emigrierten viele Menschen aus der linksrheinischen Pfalz nach dem Ende der französischen Besatzung 1814-1816 in die preußischen und russländischen Teilungsgebiete des vormaligen Polen-Litauen sowie nach Ungarn; die Pfälzer Nachwanderung nach Galizien dauerte bis 1824 an.

Diese Franzisceische Kolonisation (1802-1805) verlief unter ungünstigeren Bedingungen für die Ansiedler, die z.B. keine Reisekosten mehr erhielten. Von den in der Folge nach Galizien eingewanderten 1.232 Familien waren 629 Familien südwestdeutscher und 603 Familien inländischer (also österreichischer, v.a. böhmendeutscher) Herkunft – die Gesamtzahl der Kolonisten erreichte damit nur ein Drittel der josephinischen Ansiedler. Aus Mangel an verfügbarem Land wurden kaum noch neue Kolonien gegründet, es kam v.a. zu sogenannten „Einsiedlungen“ auf freigewordenen polnischen oder ukrainischen Hofstellen in slawischen Dörfern im äußersten Nord-Osten und Osten Galiziens. Im Unterschied zur Josephinischen Kolonisation bildeten jetzt Katholiken die Mehrheit; die Franzisceische Ansiedlungsmaßnahme war nicht von dauerhaftem Erfolg, es kam oft zu einem Weiterwandern der neuen Kolonisten in bestehende josephinische galiziendeutsche Siedlungen, die übrigen Ansiedler liefen Gefahr rasch assimiliert zu werden.

Danach hatte der österreichische Staat kein Interesse mehr an kostenaufwendigen Kolonisationsmaßnahmen. Die Ansiedlung von neu nach Galizien einwandernden Deutschen auf Privatland adeliger Großgrundbesitzer ab Ende des 18. Jahrhunderts und dann verstärkt im 19. Jahrhundert betraf v.a. Deutschböhmen, jedoch keine Pfälzer. Auf von Adel oder Kommunen bereitgestelltem Land sowie durch Ausbau bestehender slawischer Siedlungen gründeten Familien der rasch überfüllten josephinischen Kolonien, sog. Filial- oder Tochttersiedlungen, in die ihr Bevölkerungsüberschuss abfloss.

In Galizien lebten im Jahre 1810 fast 50.000 Deutsche (hier wohl Beamte und Militärs mit eingerechnet), 1848 waren es bereits rund 100.000 in etwa 300 Siedlungen. In über 200 weiteren, meist benachbarten slawischen Siedlungen lebten einzelne Deutsche, die meist ein wichtiges Handwerk (Müller, Schmied, Stellmacher bzw. Wagner) ausübten oder einfach Bauern waren. Danach nahm die Zahl der Deutschen in Galizien beständig ab. Schwierig war besonders die Situation der römisch-katholischen Deutschen in Galizien, die dauernden Polonisierungs-Bestrebungen in Kirche und v.a. Schule ausgesetzt waren, in dem man ihnen häufig nicht der deutschen Sprache mächtigen polnische Pfarrer und Lehrer zuwies. Die Evangelischen waren von Beginn an auf die Einrichtung deutsch-evangelischer Privatschulen

aus eigener Kraft angewiesen. Auch um Pfarrer und Lehrer mußte man sich bemühen, diese kamen aus anderen österreichischen Ländern, so z.B. aus Siebenbürgen, der Zips, Böhmen oder Österreichisch-Schlesien. Nur zwei ausgebildete Lehrer hatten sich in josephinischen Siedlungen niedergelassen, zeitgleich drei weitere in Städten, deren Spur sich dann aber verliert; hier und da hatten die südwestdeutschen Kolonisten vor dem Abzug die letztlich nicht eingehaltene Zusage ihres Lehrers (manchmal auch Pfarrers) erhalten, ihnen bald nach Galizien zu folgen.

Ende der 1860er Jahre setzte dann die Auswanderung der Galiziendeutschen nach Russland, in die USA oder nach Bosnien an die sog. Österreichische Militärgrenze ein. Um 1900 warb der preußische Staat beträchtliche Bevölkerungsteile aus vielen intakten deutschen Siedlungen Ost-Galizien zur Übersiedlung in die Provinzen Westpreußen und v.a. Posen. Erst nach diesem substanzbedrohenden Vorfall schlossen sich die Deutschen in Galizien 1907 konfessionsübergreifend zu einer Selbstschutzvereinigung ihrer Interessen und nationalkulturellen Identität zusammen, dem „Bund der christlichen Deutschen in Galizien“. Daneben wurde der Aufbau eines deutschen Genossenschaftswesens in Galizien mit Raiffeisenkassen und die Einrichtung von Volksbüchereien in den galiziendeutschen Siedlungen vorangetrieben.

Über 150 Jahre neuzeitliches Deutschtum in Galizien endet mit der Umsiedlung 1939/40

Nach der kurzen Episode der ukrainischen Eigenstaatlichkeit nach dem ersten Weltkrieg kam Ost-Galizien an Polen. Zwischen beiden Weltkriegen litten die Minderheiten, so auch die deutsche, unter der intoleranten Nationalitäten- und Schulpolitik der Warschauer Regierung. Während Österreich nach dem ersten Weltkrieg kein Engagement in seinem früheren Kronland zeigte, gab es weiterhin rege Kontakte zwischen dem Deutschen Reich und Galizien, so im bereits erwähnten evangelisch-kirchlichen Bereich. Darüber hinaus wurden vom Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) Deutschland-Gruppenfahrten organisiert, u.a. in die südwestdeutsche Heimat der von dort ausgewanderten Vorfahren. Mit dem Deutschen Auslands-Institut (DAI) in Stuttgart und andere Stellen befassten sich wissenschaftliche Einrichtungen von außerhalb Galiziens und der Bukowina erstmals nachhaltig mit dem dortigen Deutschtum. In den 1930er Jahre erreichten auch die Rundbriefe der Heimatstelle „Pfälzer drinnen und draußen“ bzw. Heimatstelle Pfalz (später in Saarpfälzische Mittelstelle „Landsleute drinnen und draußen“ bzw. Saarpfälzisches Institut für Landes- und Volksforschung umbenannt; jeweils in Kaiserslautern unter der Leitung von Fritz Braun) die Deutschen in Galizien.

Mit dem sog. Ribbentrop-Molotov-Pakt wurde Ost-Galizien im August 1939 der sowjetischen Interessensphäre zugeschlagen und den dortigen „deutschstämmigen“ Siedlern in einem weiteren Abkommen das Optionsrecht zur Umsiedlung nach Deutschland verbrieft. Ein Teil dieses Gebietes war kurzzeitig von deutschen Einheiten besetzt, die Jugend und ein Teil der Intelligenz ging in Anbetracht der bevorstehenden Abwanderung direkt mit der Deutschen Wehrmacht zurück hinter die Demarkationslinie, in Einzelfällen (z.B. Einsingen) sogar gleich die gesamte Dorfbevölkerung. Die von Sowjetseite zugesagte Umsiedlungsmöglichkeit wurde den Galiziendeutschen zwar nicht streitig gemacht, jedoch oft äußerst erschwert. Die Sowjetmacht versuchte nach Überlieferung von ukrainischen Zeitzeugen im Raum Stryj teils mit erheblichem Propagandaaufwand (Kinovorführungen, Lautsprecherwagen u.ä.) die deutsche Bevölkerung in ihrem Herrschaftsbereich zum Bleiben zu bewegen. Gleichzeitig wurde aber ihr Besitz „nationalisiert“, also praktisch enteignet. Zudem war die Erinnerung an die Russenherrschaft im ersten Weltkrieg noch zu frisch, so daß sich fast alle Deutschen aus Ost-Galizien für die Umsiedlung entschieden. Nur die in Mischehen und solche, die bereits weitgehend polonisiert oder ukrainisiert waren, blieben zurück. Mit der Umsiedlung gingen über 150 Jahre neuzeitliches Deutschtum in Galizien zu Ende – hier lebten Deutsche in friedlicher, wenn auch nicht immer aufgrund von meist von außen hereingetragenen Konflikten spannungsfreier Nachbarschaft mit Ukrainern, Polen, Juden und anderen Minderheiten in insgesamt nahezu 400 Orten (wenn auch nicht zeitgleich: einige Siedlungen waren bereits eingegangen, bevor andere erst gegründet wurden).

Nahezu 56.000 Galiziendeutsche konnten im strengen Winter 1939/1940 – zumeist unter schwierigsten Umständen – zunächst in Übergangslager in Thüringen, Sachsen und dem Sudetenland umsiedeln, bevor man die ersten im Frühjahr 1940, die übrigen ein Jahr später gegen ihren Wunsch in den sog. „Reichsgau Wartheland“ verbrachte. Ihre erhoffte Ansiedlung im südwestdeutschen Auswanderungsraum der Vorfahren war politisch nicht gewollt, auch die zugesagte Einweisung auf Wirtschaften in Deutschland wurde nicht gewährt. Statt dessen mißbrauchte die politische Führung in Berlin die Galiziendeutschen als „Wehrbauern“ im von Polen annektierten Warthegau. Auch viele der zeitgleich als neue Nachbarn eingewiesenen sog. Volksdeutschen aus Wolhynien, der Bukowina oder Bessarabien hatten Pfälzer Vorfahren. Die polnischen Vorbesitzer der Hofstellen wurden oft vor den Augen der Umsiedler enteignet und in das sog. Generalgouvernement abgeschoben. Dieses Unrecht kann auch nicht durch die Tatsache geschmälert werden, dass in vielen Fällen deutschen Bauern in der Provinz Posen nach dem Ende des ersten Weltkrieges im wiederentstandenen polnischen Staat eine ähnliche Behandlung widerfuhr und Polen als Nachfolger der enteigneten und vertriebenen Deutschen erst in den Besitz der Höfe kamen, die sie nun wieder räumen mussten. Bei der bewusst zerstreuten Ansiedlung im Warthegau gab es keine Rücksichtnahme auf gewachsene Dorfgemeinschaften. Schullehrer aus dem Altreich und die Zerschlagung kirchlicher Strukturen nahmen den Galiziendeutschen genau den Rückhalt, der ihr religiöses, kulturelles und nationales Überleben im slawischen Volksraum über mehr als 150 Jahre erst ermöglichte. Ein Teil der galiziendeutschen Lehrer fand in Ost-Oberschlesien eine neue Anstellung, weitere im Distrikt Krakau des Generalgouvernements in westgalizischen Schulen.

Was aus den Galiziendeutschen und ihren Siedlungen wurde

In Ost-Galizien meldeten sich bald nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht im Juni 1941 auch einige Tausend „Volksdeutsche“ und „Deutschstämmige“ bei den deutschen Behörden, die sich ihrer deutschen, auch Pfälzer Wurzeln erinnerten. So kam es im Sommer 1941 zu einer Nach-Umsiedlung. In 35 der früher deutschen Siedlungen, die inzwischen von vormaligen Einwohner der ukrainischen Nachbardörfer belegt waren, kam es 1943/1944 zur vorübergehenden Unterbringung russlanddeutscher Kolonisten aus dem Schwarzmeerraum (etwa 1.500 Familien mit 5.000 Seelen, ebenfalls überwiegend Pfälzer Herkunft) und nach der Evakuierung in Richtung Oberschlesien in den meisten Fällen von der Roten Armee eingeholt und in die Sowjetunion – nach Sibirien und Mittelasien – gewaltsam zurückverbracht wurden.

Nach den zwangsweisen Bevölkerungsverschiebungen des zweiten Weltkrieges nahmen Ukrainer – Vertriebene aus Polen und innergalizische Zuzügler – Besitz von den Höfen in den vormalig galiziendeutschen Siedlungen. Die geplünderten Wohngebäude mußten ganz oder teilweise instandgesetzt, in vielen Fällen völlig neu aufgebaut werden. Die gemeinschaftlich genutzten Bauten (Schule, Dorfgemeinschaftshaus, Laden, ggf. Molkerei oder Mühle) wurden rasch adaptiert und erhielten bei Renovierungen und Umbauten ein anderes Aussehen. Die vormaligen Kirchengebäude, seit Winter 1939/1940 überwiegend verwaist, verloren ihre Funktion nun endgültig und dienten als Lagerraum, Werkstatt oder Garage. Besonders eigneten sich die festen, trockenen Gebäude der deutschen Kirchen und Kapellen, auch aufgrund ihres Rauminhaltes, als Getreide-, Saatgut- und Düngemittelspeicher.

Bei der späten, überhasteten Flucht aus dem Warthegau im Januar 1945, lagen die Zielräume für die Flüchtlingstrecks v.a. in Sachsen-Anhalt, daneben auch in Niedersachsen (Provinzen Hannover und Braunschweig). Bei weitem nicht alle Trecks kamen durch, zahlreiche wurden von der Roten Armee eingeholt und zum letzten Wohnort zurückgeschickt, wo Polen oft grausam Rache für zuvor von deutscher Seite erlittenes Unrecht übten und die wenigen verbliebenen Männer ermordeten. Viele Frauen und Kinder wurden noch bis in die erste Hälfte der 1950er Jahre in Polen zurückgehalten, wo diese Zwangsarbeit verrichten mußten; die letzten Galiziendeutschen kehrten erst 1955-1957 mit den letzten Kriegsgefangenen aus Sibirien zurück.

Nach Flucht und Vertreibung fand sich der größere Teil der Galiziendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone (der späteren DDR) wieder, die übrigen waren in den westlichen Zonen – wobei Frankreich in seiner Besatzungszone bis 1947 keine Flüchtlinge aufnahm – und zum geringen Teil in Österreich gelandet. Einige gingen auch nach Übersee, z.B. nach Kanada, warnten ob der schlechten Startbedingungen interessierte Landsleute per Briefpost vor dem Nachzug. Auch eine geschlossene Auswanderung der galiziendeutschen Volksgruppe nach Südamerika wurde kurzfristig erwogen, jedoch sollte eine Entscheidung erst fallen, wenn alle Vermissten aus dem Osten zurück seien. Die Teilung Deutschlands machte dann diese Pläne zunichte. In den Westzonen war eine Organisation ob des alliierten Koalitionsverbotes unmittelbar nach dem Kriege nur unter dem Dach der Kirchen möglich, so entstand 1946 das Hilfskomitee der Galiziendeutschen im Hilfswerk (später: Diakonischen Werk) der Evangelischen Kirche in Deutschland, das durch das bewährte Netzwerk der Pfarrer und Lehrer alle verstreuten Glieder erreichte und sich 1949 auch der Landsmannschaft Weichsel-Warthe als kulturpolitische Interessenvertretung aller Deutschen vom Territorium des polnischen Staates zwischen beiden Weltkriegen anschloss. Galiziendeutsche aus der DDR wagten ab den 1960er Jahren die Reise in die alte Heimat, wobei man oft die von der staatlich-sowjetischen Intourist erlaubten Wege verließ. Oft wurde das Wiedersehen mit den alten ukrainischen Nachbarn durch Polizei oder Geheimdienst abgebrochen, meist gingen die anschließenden Behördenkontakte glimpflich aus. Seit Ende der 1970er Jahre reisten auch Galiziendeutsche aus der BRD, meist als Busgruppe, nach Galizien. Dies entwickelte sich nach der politischen Wende zu einer regelmäßigen, jährlichen Sitte. Das Hilfskomitee sorgt seither nicht nur für umfangreiche humanitäre Hilfe in der alten Heimat, sondern für einen ebenso regen wie regelmäßigen Austausch zwischen Bildungseinrichtungen, Multiplikatoren und Kommunalpolitikern auf beiden Seiten.

Auch für die Galiziendeutschen wurde Galizien, das in historischer Zeit regelmäßig Kriegsschauplatz oder Durchzugsraum fremder Heere und Völker war, zu einem „Land der Gräber und Kreuze“ – und dies ist nicht die einzige Parallele zur Pfalz. Mainz und Lemberg liegen beide auf dem 50. Grad nördlicher Breite, die Klimate der – jeweils südlich gelegenen – Pfalz bzw. des galizischen Karpatenvorlandes sind ähnlich, dort spürbar kontinentaler, mit kürzeren Vegetationsperioden und längeren, meist trockenkalten Wintern. Schönegeistige Literaten aus den Reihen der Galiziendeutschen prägten auch den Begriff „Karpatenpfalz“.

© Hans Christian HEINZ (2006; 2019)

© Hilfskomitee der Galiziendeutschen e.V.